

Wolffsche



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Vellagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

★ Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 ★

Fernsprech. Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 900/11 901, 11 902 bis 11 950, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 297

Bisher 76 Demokraten und 162 Sozialdemokraten

415 Ergebnisse festgestellt.

(Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.)

Nach nichtamtlichen Meldungen können bis 1 Uhr Nachmittags als gewählt gelten 415 Abgeordnete aus 16 Kreisen von insgesamt 421 Abgeordneten (ohne Elsaß-Lothringen). Es fehlt nur noch das Ergebnis aus dem 27. Kreis (Rheinpfalz).

Es gehören an:

der Deutschnationalen Volkspartei	34 Abg.
der Christlichen Volkspartei	76 Abg.
der Deutschen Volkspartei	22 Abg.
der Deutschen Demokratischen Partei	76 Abg.
der Sozialdemokratischen Partei	162 Abg.
der Unabhäng. Sozialdemokr. Partei	34 Abg.

Ferner sind 11 Fraktionslose gewählt, die sich zusammensetzen aus 4 Welfen (3 in Hannover und 1 in Stade), 1 Bauern- und Landarbeiterdemokrat in Schleswig-Holstein, 4 bayerische Bauernbündler und 2 Vertreter des Württembergischen Bauern- und Bürgerbundes.

Die Demokraten in der Nationalversammlung.

Wir geben im Folgenden eine Zusammenstellung derjenigen Kandidaten der Deutschdemokratischen Partei, deren Wahl sicher zu sein scheint.

Von ehemaligen Reichstagsabgeordneten sind gewählt: Klempnermeister Vorkschal, Justizrat Ernst Siehr, Schriftsteller Friedrich Weinhausen, Dr. Friedrich Naumann, Schriftsteller Dr. Hermann Bachmide, Lehrer Bruchhoff, Bergarzt Georg Gottschalk, Justizrat Dr. Bruno Ullrich, Staatssekretär Eugen Schiffer, Dr. R. Böhm, Führer des Deutschen Bauernbundes, Landwirt William Koch, Justizrat Waldstein, Rechtsanwalt Dr. Blum, Legationsrat Dr. Hartmann v. Rüdthofen, Professor Dr. Neumann-Hofer, Landwirt Andreas Kerckbaum, Geheimrat Friedrich Payer, Staatssekretär a. D. Dr. Konrad Haußmann, Oberbürgermeister Hermann Dietrich, badischer Volksminister Rechtsanwalt Dr. Ludwig Haas, badischer Volksminister Staatsminister Dr. Wendhoff, Staatsminister Stotowick.

Von Frauen sind gewählt: Schriftstellerin Elisabeth Brönnner (Rönigsberg), Schuldirektorin Katharina Klotz (Danzig), Mittelschullehrerin Elise Ktke, Frä. Dr. Baum, Schriftstellerin Dr. Gertrud Bäumer (doppelt gewählt).

Ferner sind gewählt: Gewerkschaftsvorsitzender Wilhelm Gleichauf, Arbeitersekretär Gustav Hartmann, Dr. Bernhard Dernburg, Staatssekretär a. D., Hauptschriftleiter Otto Rühle, Ernst Remmers, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes, Fabrikant Max Bahr, Justizrat Julius Eppmann, Akademieprofessor Dr. Alfred Herrmann, Justizrat Moritz Birwald, Regierungsassessor Dr. Werner Heidsieck, Gutspächter Schmidhals, Geh. Justizrat Heilberg (?), Oberbürgermeister Pohlmann, Landgerichtsdirektor Karl Dellus, Landwirt Theodor Langen, Hofbesitzer Friedrich Wachhorst de Wente (?), Schriftleiter Wilhelm Helle, Gewerkschaftssekretär Paul Biegler, Bürgermeister Dr. Hermann Ruppe, Oberbürgermeister, Dr. Erich Koch, Universitätsprofessor Walter Schüding, Justizrat Bernhard Fall, Gewerkschaftssekretär Carlenz, Privatgelehrter Dr. Ludwig Dübde, Schulrat Konrad Weiß, Privatier Christian von Langheinrich, Staatsminister a. D. Niegshle, Hauptschriftleiter Steinsdorf, Rechtsanwalt Dr. Georg Böpfel, Privatangelegter Gustav Schneider, Landgerichtsdirektor Brodau, Schulrat Dr. Senfert, Kaufmann Oskar Günther, Fabrikant Dr. Ing. Philipp Wieland, Handwerkskammersekretär Karl Hermann, Staatsrat und Handelskammerpräsident Emil Engelhard, Verbandsleiter Dr. Wilhelm Berchoven, Justizrat Max Lubewig, Landrat Richard Franke, Senator Dr. Karl Petersen, Kammer Christian Koch, Gewerbetreibender Johannes Will.

Die folgenden Abgeordneten sind doppelt gewählt worden: Alpers, Fräulein Dr. Bäumer, Behrens, Ebert, Fischbeck, Gottheim, Kahl, Paladowsky und Scheidemann.

Diese müssen sich jetzt für einen Wahlkreis entscheiden, während in demjenigen, auf den sie verzichteten, der nächste Kandidat der Liste an ihre Stelle tritt.

Weimar an die Reichsregierung. Dem Staatssekretär des Innern Dr. Preuß ist folgendes Telegramm der Stadt Weimar zugegangen: Der Reichsregierung, die Weimars alter Ruhm durch Einberufung der verfassunggebenden deutschen

Nationalversammlung in Weimars Mauern ehrt, huldigen freudig bewegt, doch in voller Erkenntnis der ihnen auferlegten Verantwortung die Gemeindebehörden von Weimar. — Oberbürgermeister Donndorf.

Schleswig will deutsch bleiben.

Drahtmeldung der „Wolffschen Zeitung“.

Flensburg, 22. Januar.

Die Dänenpartei Flensburgs bemüht sich fieberhaft, zur Unterstüßung des Alldänentums eine Rundgebung Flensburger deutscher Kreise für Flensburgs Anschluß an Dänemark aus wirtschaftlichen Gründen zustandezubringen, um die dänische Regierung auf Grund solcher sogenannter Selbstbestimmung zu veranlassen, auch Flensburg ohne Abstimmung auf dem Friedenskongreß bei der Entente zu verlangen. Es gelang, die Frage der Abtretung ganz Schleswigs zur Erhaltung der Einheit dieses Gebietes auf die Tagesordnung einer Versammlung des Deutschen Vereins für Handel und Industrie zu setzen. Das Ergebnis war ein dänischer Mißerfolg. In geheimer Abstimmung wurde gestern mit 124 gegen 26 Stimmen folgende Entscheidung angenommen: „Schritte für die Erhaltung der Einheit Schleswigs notfalls durch Abtretung an Dänemark sind nicht zu unternehmen, weil die Versammlung die Stadt Flensburg unter allen Umständen deutsch zu erhalten wünscht.“

Die Verforgung Deutschlands.

Drahtmeldung.

London, 21. Januar.

Reuter meldet, daß in zwei bis drei Wochen deutsche Handelschiffe unter der Kontrolle der Alliierten wieder auf See fahren werden, hauptsächlich, um den früheren Feinden der Alliierten Lebensmittel zuzuführen. Es sei sowohl im Interesse der Menschlichkeit als auch der öffentlichen Ordnung, daß bestimmten besetzten Gebieten und den feindlichen Ländern baldige Hilfe gebracht werde. Die vom Obersten Kriegsrat ernannte alliierte Lebensmittel- und Schiffsverkehrskommission habe sich vor kurzem nach Erieh begeben, wo sie mit der deutschen Abordnung, bei der sich auch Regierungsbeamte und Vertreter der Schifffahrt befanden, zusammengelassen sei. Wegen der nicht geordneten Zustände in Deutschland seien die Delegierten der Alliierten im Zweifel gewesen, ob irgendeine stabile Autorität vorhanden sei, um ein Uebereinkommen verbindlich abzuschließen; aber die deutschen Delegierten hätten beweiskräftig dargelegt, daß sie in der Lage sind, bindende Verpflichtungen einzugehen. Es sei beabsichtigt, daß Deutschland eine wesentliche Menge Lebensmittel, insbesondere Weizen, Fett und kondensierte Milch, kaufen und importieren darf. Die Konferenz in Erieh sei als die erste Gelegenheit, bei der britische und deutsche Zivilisten seit Kriegsbeginn in Verhandlungen traten, bemerkenswert gewesen.

Einer amtlichen Reutermeldung zufolge ist der oberste Rat der Alliierten für Lebensmittelverforgung am 20. d. Mts. unter dem Vorsitz Hoover's in Paris zusammengetreten. Der Rat stimmte dem Vorschlage zu, in Erieh, das für die Alliierten von der Adria aus erreichbar ist, sowie in Bukarest, Konstantinopel und Polen interalliierte Kommissionen einzusetzen. Der Rat richtete ein Schreiben an Foch mit der Bitte, sofort Maßregeln zum Schutze von Lebensmitteltransporten, die für die Polen bestimmt sind, zu treffen. Ferner wurden Maßnahmen getroffen, um Deutschland zu veranlassen, seinen Verpflichtungen hinsichtlich der Ernährung der sich noch auf deutschem Boden befindlichen russischen Gefangenen nachzukommen.

Beilegung des Elektrizitätstreiks?

Wie wir hören, besteht die Aussicht, daß die Verhandlungen der Arbeiter und der Leitung der städtischen Elektrizitätswerke vor dem Berliner Einigungsamt noch heute zu einer Beendigung des Streiks führen werden. Man hofft, daß der Straßenbahnverkehr in den späteren Nachmittagsstunden wieder aufgenommen werden können.

Das Ergebnis der Wahlen.

Die bisher bekannt gewordenen Wahlergebnisse genügen, um die Zusammensetzung der deutschen Nationalversammlung in ihren wesentlichen Zügen klar erkennen zu lassen. Die wenigen, bisher noch nicht festgestellten Mandate werden an der Tatsache nichts mehr ändern, daß die Parteien mit rein sozialistischem Programm nicht über die Mehrheit verfügen, ebenso wenig an der anderen Tatsache, daß die sozialdemokratische Fraktion mit rund 165 Mitgliedern, das Zentrum mit etwa 85 Mitgliedern und die Deutsche Demokratische Partei in einer Stärke von 75 bis 80 Mann die drei größten Gruppen der Nationalversammlung bilden werden. Somit bleiben von den 421 Sitzen (ohne die 12 Mandate aus Elsaß-Lothringen) rund 85 bis 90 Sitze für den rechten und linken Flügel des Hauses, wobei der linke, nämlich die „Unabhängigen“, mit ihren kaum mehr als 22 Mandaten, bei weitem der schwächere sein wird.

Welche politische Konstellation soll sich nun aus diesen Wahlen ergeben? Schon am Tage nach der Wahl selbst ist an dieser Stelle ausgeführt worden, daß es unmöglich sein werde, „das alte trennende Schlagwort: Die hitzgerlich, die sozialdemokratisch in die praktische Politik wieder aufzunehmen“. Die vorliegenden Zahlen bestätigen die Richtigkeit dieser Prognose. Ein „bürgerlicher“ Block von etwa 220 bis 230 Abgeordneten würde die Einigung auch der beiden sozialdemokratischen Parteien erzwingen und mit einer geschlossenen Opposition von 190 bis 200 Mann zu rechnen haben. Das Verhältnis zwischen den beiden gegnerischen Gruppen würde aber nicht nach den heutigen Dispositionen der führenden Parteien zu beurteilen sein, denn der bürgerliche Block würde bedeutend weiter rechts stehen, als die radikalen Anschauungen der Deutschen Demokratischen Partei erwarten lassen, und dementsprechend würden sich innerhalb der geeinten Sozialdemokratie die gemäßigten Tendenzen der Mehrheitssozialisten von heute nicht aufrechterhalten lassen. Eine solche Konstellation würde so ziemlich alle fruchtbareren Gedanken vernichten, die die Revolution gezeitigt hat. Das geistige Ergebnis der großen Volksbewegung, die nicht erst am 9. November begonnen, sondern nur ihren äußeren Höhepunkt gefunden hat, führt über die engen Begriffe des Massenkampfes hinaus. Wenn auch noch nicht im Bewußtsein des ganzen Volkes, so ist doch in bestklaren Köpfen der Nation schon heute der Zustand nahe gerückt, den Marx als das Ziel des Klassenkampfes bezeichnet hat, nämlich das Ende der Massenherrschaft. Dazu ist es nicht nötig, daß, wie die radikalen Ausleger der sozialistischen Theorie meinen, das ganze Volk eine ungegliederte, proletarische Masse bilde. Sondern es ist nur nötig, daß die verschiedenen Produktionsgruppen sich nicht mehr als gesellschaftlich, wirtschaftlich und politisch gegnerische Massen fühlen. Zumal der wirtschaftliche Klassengegensatz in seinem bisherigen schroffen Sinn muß von selbst aufhören, wenn die Produktionsgruppen ihre Sonderinteressen den Forderungen und Bedürfnissen der Allgemeinheit nachordnen und die gemeinsamen Ziele erkennen, denen sie alle letzten Endes zustreben müssen.

Daß ein solcher Zustand aus dem bisherigen Gegenteil nicht durch eine Revolution weniger Monate erreicht werden konnte, ist klar. Es genügt, wenn die Mehrheit des Volkes durch die Revolution zu der Erkenntnis gebracht worden ist, daß er erreicht werden kann und muß. Besteht eine solche Mehrheit, so ist sie auch in ihrer parlamentarischen Vertretung die einzig gegebene Arbeitsmehrheit und die sicherste, zuverlässigste Stütze der revolutionären Errungenschaften.

Die weitgehende Annäherung in den realpolitischen Zielen der Deutschen Demokratischen Partei einerseits und der Sozialdemokratie andererseits eröffnet die Aussicht darauf, daß diese beiden Gruppen umstände sein werden, eine solche Arbeitsmehrheit wenigstens für eine gute Strecke Weges zu bilden. Es verdient mit Genugtuung festgestellt zu werden, daß das sozialdemokratische Zentralorgan, der „Vorwärts“, sich diese Gedankengänge zu eigen zu machen beginnt. Das Blatt schreibt heute:

Auf alle Fälle wird die Sozialdemokratie in der Nationalversammlung so stark auftreten, daß ihre Ausschaltung auf dem Wege der bürgerlichen Sammlung unmöglich wird. Unendlich viel wird davon abhängen, ob die Partei der Deutschen Demokraten genug demokratische Ueberzeugung und soziales Verständnis aufbringen wird, daß zwischen ihr oder einem Teil von ihr und der Sozialdemokratie ein nutzbringendes Arbeitsverhältnis möglich wird. Sie wird das Sagen in der Waage